

Zuwanderung – zehn Denkfallen

Für die bisherigen Einwohner der Schweiz ist die Immigration aufgrund der Personenfreizügigkeit weit weniger vorteilhaft, als es der Bundesrat bisher behauptet hat, doch auch viel weniger schädlich, als zuweilen befürchtet wird. **REINER EICHENBERGER**

Die Zuwanderung erreichte 2012 den höchsten Wert seit 2008 und hat im Januar 2013 nochmals über 20% zugenommen. Was bedeutet das? Entgegen überoptimistischen Prognosen der Regierung und übertriebenen Ängsten vieler Kritiker verändert die Zuwanderung das Pro-Kopf-Einkommen mittelfristig kaum. Aber sie bewirkt ein Bevölkerungswachstum von jährlich rund 1%, was über mehrere Jahre wegen der Knappheit von Land und Infrastruktur Probleme bringt. Was tun? Da bisher keine politische Seite ein überzeugendes Konzept bietet, gibt es nur eines: vorbehaltlos über Probleme, Lösungsvorschläge und Positionen diskutieren, etwa über folgende zehn weit verbreitete Fehleinschätzungen.

«Die Schweiz ist auf die Zuwanderer angewiesen.» Das stimmt für einzelne Berufe, etwa gute Universitätsprofessoren. In vielen Bereichen sind aber die Schweizer gerade wegen des hohen Ausländeranteils knapp. So sind heute über ein Drittel der Ärzte Ausländer. Das ist aber bei einem Ausländeranteil an der Bevölkerung und damit wohl auch den Patienten von 25% nur natürlich. Die Schweizer müssen in vielen Bereichen aus ausbildungsbedingten, rechtlichen oder sprachlichen Gründen übervertreten sein, etwa bei den Anwälten, hohen Verwaltungsstellen, der Polizei oder der Kleinkinderziehung. Folglich müssen sie in all den anderen Bereichen, in denen sie keine speziellen Vorteile haben, untervertreten sein.

«Die Wirtschaft ist auf die Zuwanderung angewiesen, weil sie Lücken im Arbeitsmarkt füllt.» Falsch: Tatsächlich erlaubt es die Zuwanderung, viele Lücken einfacher oder billiger zu füllen. Dadurch wird der Standort Schweiz attraktiver, was neue Investitionen und Unternehmen anzieht. Das schafft neue Arbeitsplätze, damit auch gleich wieder neue Lücken. Genauso schafft die Zuwanderung auch neue Nachfrage, was wiederum Lücken, damit «Bedarf» nach neuer Zuwanderung schafft. So müssen für all die Zuwanderer Wohnungen gebaut werden. Das schafft viele Arbeitsplätze, grossteils für neue Zuwanderer.

«Die Zuwanderung nützt der Schweiz, weil sie den Unternehmen und ihren Aktionären, also auch den Pensionskassen und damit uns allen, grössere Gewinne bringt.» Falsch: Die Vorteile treffen nur ganz kurzfristig zu. Wegen des oben diskutierten Mechanismus sind die Arbeitnehmer bald wieder gleich knapp wie zuvor. Zudem gehört ein Grossteil der Aktien und damit der Gewinne von Schweizer Gesellschaften ausländischen Anlegern.

Zuzug auch ohne neue Stellen

«Die Zuwanderung reguliert sich von selbst. Zuwanderer kommen nur, solange neue Stellen geschaffen werden.» Falsch: Die Zahl offener Stellen wird weit weniger durch den Zuwachs von Arbeitsplätzen als durch die natürliche Fluktuation durch Jobwechsel und Pensionierungen geprägt. So werden pro Jahr auch in schlechten Zeiten 400 000 Stellen frei, sodass die Zuwanderung dann kaum abnehmen wird.

«Die Zuwanderer sind höher qualifiziert als die Schweizer.» Falsch: Die Zuwanderung hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend von den Nord- zu den Südländern verlagert, wo eher der formale als der reale Bildungsstand höher als in der Schweiz ist. Die Zuwanderer sind auch recht jung. Verglichen mit gleichaltrigen Schweizern ist ihr Bildungsvorsprung viel kleiner. Zudem haben die



Hohe gesetzliche Mindestlöhne machten die Schweiz für Zuwanderer nur noch attraktiver.

wirklich hoch qualifizierten Zuwanderer eine viel kürzere Verweildauer in der Schweiz als die weniger qualifizierten, wie eine Studie der Basler Ökonomen George Sheldon und Dominique Cueni zeigt. Dummerweise hat der Bund bisher nur die Qualifikation der Brutto- statt der Nettozuwanderung gemessen.

«Die Zuwanderer bringen einen fiskalischen Überschuss, weil sie mehr Steuern und Abgaben bezahlen, als sie vom Staat Leistungen beziehen.» Das stimmt nur unter sehr speziellen Bedingungen. Sobald die Zuwanderer Kinder haben, die hier die öffentlichen Schulen besuchen, müssen sie sehr gut verdienen oder sehr lange bleiben, bis es sich für die Schweiz lohnt. Wie eine weitere Studie von George Sheldon und Nathalie Ramel zeigt, bringt die Zuwanderung beim heutigen Rückwanderungsverhalten keinen fiskalischen Überschuss.

«Die Zuwanderung kann nicht für die Knappheit auf dem Bodenmarkt verantwortlich sein. Denn auch in den Segmenten mit besonders grossen Preissteigerungen stellen die Zuwanderer nur einen kleinen Teil der Käufer.» Falsch: Die meisten Einheimischen, die eine neue Immobilie nachfragen, bringen gleichzeitig ihre alte auf den Markt und sind so «marktneutral». Die Zuwanderung hingegen führt fast ausschliesslich zu zusätzlicher Nachfrage und so zu Preissteigerungen.

«Zur Verhinderung von Lohndruck sollen als flankierende Massnahme Mindestlöhne eingeführt werden.» Falsch: Solange die Zuwanderer im Durchschnitt so hoch qualifiziert sind, wie es die Schweizer Regierung meint, bringen sie keinen Lohndruck für die Bezüger niedriger Einkommen, weil sie sie nicht konkurrenzieren. Hohe gesetzliche Mindestlöhne machen aber die Schweiz für Zuwanderer nur noch attraktiver und ziehen so zusätzliche Zuwanderer an, die die besonders schlecht qualifizierten einheimischen Arbeitnehmer zu verdrängen drohen.

«Zur Verhinderung negativer Auswirkungen der Zuwanderung auf den Wohnmarkt braucht es Höchstmieten und mehr sozialen Wohnungsbau.» Falsch: Derartige Re-

gulierungen haben fast ausschliesslich negative Auswirkungen. Staatliche Höchstmieten heizen die Übernutzung des knappen Wohnraums nur noch an. Sie bewirken eine Ausdehnung der Nachfrage, weil sich so die einheimische Bevölkerung mehr Wohnraum leisten will und die Schweiz für Neuzuziehende noch attraktiver wird. Zugleich machen sie Mieter immobil, weil sie beim Umzug in andere Wohnungen oft ersessene Privilegien verlieren. Zudem bewirken sie eine Verknappung des Wohnraumangebots, weil sie die Anreize der Investoren senken, neuen Wohnraum bereitzustellen und den alten gut zu unterhalten. Höchstmieten nützen deshalb nur denjenigen, die durch Zufall, gute Beziehungen oder andere Gegenleistungen eine unterpreisige Wohnung erhalten. Auch der soziale Wohnungsbau nützt den bisherigen Einwohnern nichts. Er ist eine Subventionierung weniger durch die Allgemeinheit und führt zu zusätzlicher Verknappung des Bodens. Zudem macht auch er die Schweiz für unqualifizierte Zuwanderer attraktiver. Denn es ist nicht praktikabel und wohl auch nicht erwünscht, Zuwanderer bei der Zuteilung des subventionierten Wohnraums zu diskriminieren.

Ökonomisch richtig vs. politisch korrekt

«Die Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften soll nicht mit Zuwanderern, sondern dadurch gestillt werden, dass die Frauen und die Alten besser in den Arbeitsmarkt integriert werden.» Falsch: Die verstärkte Arbeitsmarktintegration der Frauen und der Alten reiss da neue Lücken, wo diese Personen bisher gewirkt haben. So muss dann die Kinderbetreuung vermehrt marktlich organisiert werden, wozu es wiederum zusätzliche Arbeitskräfte und damit Zuwanderer braucht. Zudem bringt die Mehrarbeit den Frauen und den Alten Mehreinkommen, was wiederum Mehrausgaben und zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften und damit zusätzliche Zuwanderung bringt.

Vorsicht! All das Gesagte folgt nicht aus einer politisch korrekten, sondern aus einer ökonomisch richtigen Analyse. Für die bisherigen Einwohner der Schweiz ist die Zuwanderung aufgrund der Personenfreizügigkeit weit weniger vorteilhaft, als es die Regierung bisher behauptet hat. Aber sie ist auch viel weniger schädlich, als zuweilen befürchtet wird. Aus gesamteuropäischer Sicht ist die Personenfreizügigkeit hingegen eine grossartige Sache. So wie bei der Gründung der modernen Schweiz 1848 die Einführung der Niederlassungsfreiheit und damit der Personenfreizügigkeit innerhalb der Schweiz den Schweizern insgesamt grosse Vorteile gebracht hat, so bringt heute die Personenfreizügigkeit den Europäern insgesamt grosse Vorteile. Für die Schweiz stellt sich deshalb die Frage, wie die grossen Wanderungsgewinne ein wenig stärker zugunsten der bisherigen Bewohner der Schweiz umverteilt werden können.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Uni Freiburg i. Üe.